



## Showdown am East River

Heute wählt die UN-Vollversammlung am New Yorker East River fünf neue nicht-ständige Mitglieder des Weltsicherheitsrats. Auf Deutschland wartet eine Kampf-abstimmung.

Seite 2



## Selling und die DDR

Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering erntet für Äußerungen zur DDR-Geschichte und zu deren zukünftiger Bedeutung erneut Kritik aus dem bürgerlichen Lager.

Seite 6



## Udo Lindenberg

In wenigen Tagen erscheint ein neuer Bildband über den Musiker und Menschen Udo Lindenberg. Im Interview erzählt er von Sesshaftigkeit, Sinnkrise, Alkohol – und natürlich Musik.

Seite 15

## Standpunkt

### Hunger mit System

Von Martin Ling

Jeder siebte Mensch hungert – 925 Millionen laut dem neuesten Welthunger-Index. Die globale Hungerbekämpfung kommt allen Appellen und Welternährungsgipfeln zum Trotz nicht voran. Das hat systemische Gründe: die von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds in den 80er und 90er Jahre verordneten Struktur-anpassungsprogramme, mit denen die Unterstützung von Kleinbauern im Süden nahezu auf Null gefahren wurde. Die Abwendung in der Entwicklungszusammenarbeit von der ländlichen Entwicklung: 1992 flossen noch 20 Prozent der globalen Entwicklungshilfe in die Förderung der Landwirtschaft, 2007 nur noch 4,6 Prozent. Auch viele Regierungen im Süden haben den Agrarsektor über Jahrzehnte sträflich vernachlässigt. Dabei leben 75 bis 80 Prozent aller Hungernden in ländlichen Räumen. Und nicht zuletzt zeigen die Rekordernten 2008 und 2009, dass der Fehler im System liegt, denn sie gingen mit einem Anstieg der Zahl der Hungernden einher.

Wer den Hunger wirklich bekämpfen will, kommt um eine globale Agrarreform nicht herum. Der Weltagrarrat der UNO hat die Fundamente dafür 2008 benannt: lokale und ökologische Lösungen mit den Kleinbauern als zentralem Träger statt Monokulturen und Gentech. Doch dafür müsste die Macht der Agrokonzerne gebrochen und der Weltagrarrhandel viel stärker reguliert werden. Der politische Wille dazu fehlt.

## Unten links

Das berühmte Fenster der Möglichkeiten ist sprangelweit offen. Freiheit, Freiheit – Western haben hat uns das schon vor 20 Jahren prophezeit. Jetzt ist es soweit: die Kanzlerin auf dem Balkan, der Bundespräsident in Moskau, der Vizekanzler in New York, der Finanzminister im Krankenhaus. Und auch Wirtschafts-, Bildungs-, Agrar-, Entwicklungshilfe- und Verkehrsminister aushäusig und irgendwo auf diesem Globus unterwegs. Zugegeben, es geht uns auch nicht besser, wenn die Herrschaften unter uns weilen – aber wer regiert jetzt eigentlich dieses Land? Einen Hinweis auf die Stallwache hat die Bundesregierung wohlweislich nicht hinterlassen. Also braucht niemand ein schlechtes Gewissen zu bekommen, wenn er die Dinge selbst in die Hand nimmt. Grund genug gibt es angesichts von Sparpaket, Gesundheitsreform und Atomplänen. Endlich einmal nicht kleines Rädchen im großen Getriebe sein, sondern selbst am großen Rad drehen. Die Stuttgarter machen das gerade vor.

## 925 Millionen werden nicht satt

Welthungerindex 2010: 29 Länder von großer Nahrungsmittelknappheit betroffen



Mangelernährtes kongolesisches Baby wird im Ernährungszentrum in Kalemie in der DR Kongo aufgepäppelt.

Foto: AFP/Chendon

Bei der Bekämpfung des Hungers in der Welt hat das vergangene Jahr keinen Fortschritt gebracht. Noch immer herrscht in 29 Ländern der Erde große Nahrungsmittelknappheit. 2,2 Millionen Kinder sterben jährlich durch Mangel- und Unterernährung. Das teile die Welthungerhilfe bei der Vorstellung ihres diesjährigen Welthungerindex am Montag in Berlin mit.

Berlin/Washington (epd/ND). Knapp ein Jahr nach Amtsantritt der Bundesregierung hat die Deutsche Welthungerhilfe eine »ernüchternde« Zwischenbilanz der Entwicklungspolitik gezogen. »Kurzfristige außenwirtschaftliche Interessen« dürften nicht wichtiger sein als Investitionen in ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit, kritisierte die Präsidentin der Hilfsorganisation, Bärbel Dieckmann, am Montag in Berlin. Anlass war die Veröffentlichung des Welthunger-Index 2010 zum Welternährungstag am Samstag.

Trotz spürbarer Fortschritte in Süd- und Lateinamerika hungern demnach immer noch mehr Menschen als vor 20 Jahren. Seit 1990 stieg die Zahl der Hungernden um 75 auf 925 Millionen. Besonders gravierend habe sich die Lage in der Demokratischen Republik Kongo, auf den Komoren sowie in Burundi und Nordkorea verschlechtert, hieß es im Index, der von der Welthungerhilfe und dem Washingtoner Forschungsinstitut für Ernährungspolitik IFRI zum fünften Mal erstellt wurde. Insgesamt 29 Ländern der Erde bescheinigt der Index eine »sehr ernste« oder gar »gravierende« Hungersituation. Die Weltgemeinschaft hatte sich 2000 in den sogenannten »Millenniumszielen« darauf verständigt, den Anteil der Hungernden bis 2015 im Vergleich zu 1990 zu halbieren.

Dieckmann kritisierte, dass Vereinbarungen des Koalitionsvertrags bislang nicht umgesetzt wor-

den seien. Auch setze sich die Kürzungspolitik fort, sagte die langjährige SPD-Politikerin und Bonner Oberbürgermeisterin. Bereits unter der Großen Koalition seien die Mittel für ländliche Entwicklung 2009 im Vergleich zum Vorjahr um rund zehn Prozent gekürzt worden. In diesem Jahr habe die Regierung die Zuschüsse für das Welternährungsprogramm um über die Hälfte auf 59 Millionen Euro und die Ausgaben für humanitäre Hilfe um 20 Prozent auf knapp 77 Millionen Euro gekürzt.

Auf dem Millenniumsgipfel in New York im September habe Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) betont, dass nicht die Höhe der finanziellen Mittel in der Entwicklungszusammenarbeit wichtig sei, sondern vielmehr deren Wirkung. »Nach fast 50 Jahren praktischer Erfahrungen in den Ländern des Südens wissen wir, dass weniger nicht mehr ist«, sagte Dieckmann.

Der Welthunger-Index erfasst nicht nur die unzureichende Deckung des Kalorienbedarfs, sondern bezieht auch weitere Faktoren von Unterernährung mit ein, wie etwa Gewicht und Sterblichkeit von Kleinkindern. Eines der zentralen diesjährigen Ergebnisse ist die »Vererblichkeit« von Hunger: Frauen, die selbst als Kinder an Unterernährung litten, haben aufgrund einer zu geringen Körpergröße ein hohes Risiko, wiederum untergewichtige Kinder zur Welt zu bringen. Schon jetzt gelten ein Drittel aller fünfjährigen Kinder in den Entwicklungsländern als zu klein für ihr Alter, fast ein Viertel als untergewichtig. Ein Zehntel leide sogar an starkem Untergewicht.

Die größten Fortschritte bei der Hungerbekämpfung machten laut Index Malaysia, Kuwait, die Türkei und Mexiko. Der einzige afrikanische Staat südlich der Sahara unter den besten Zehn sei Ghana.

## Deutschland sucht seine Leistungsträger

Unionspolitiker wollen Fachkräfte aus ihrem liebsten Kulturkreis: dem deutschen

Von Regina Stötzel

Ein Dilemma für Seehofer und seinesgleichen: Die deutsche Wirtschaft braucht Fachkräfte, auch aus dem Ausland. Aber mehr Ausländer sollen nicht nach Deutschland einwandern. Und schon gar nicht die falschen.

Anders als die Debatte um die Äußerung des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) vermuten lässt, drängen gar nicht so viele Araber und Türken auf den deutschen Arbeitsmarkt. Für diese »anderen Kulturkreise« hatte Seehofer eine Zuzugsbegrenzung gefordert. Tatsächlich kommen die meisten Zuwanderer aus Polen, Rumänien und den USA. Erst an vierter Stelle folgt die Türkei, vor Bulgarien. Die arabischen Länder sind gänzlich zu vernachlässigen.

Und selbst das ist noch nicht die ganze Wahrheit: Nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes

wandern derzeit unterm Strich mehr Menschen aus Deutschland aus als nach Deutschland ein. So gingen 2008 und 2009 jeweils gut 10 000 Menschen mehr von hier in die Türkei als umgekehrt.

Ein Grund dafür dürfte sein, dass Deutschland sich immer mehr zum Niedriglohndland entwickelt und für gut ausgebildete wenig attraktive Jobs zu bieten hat.

Die deutsche Unternehmensebene hat das realisiert. So betonte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Werner Schnappauf, die guten Wirtschaftsbeziehungen zur Türkei sicherten »in Deutschland Wirtschaftskraft und Jobs. Jobs, in denen wir im Übrigen nicht auf die exzellente Arbeit von Menschen mit Migrationshintergrund verzichten können.« Er plädierte dafür, Ausländern, die in Deutschland studiert haben, eine dauerhafte Perspektive zu bieten.

Auch Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) wandte sich gegen eine »populistische Debatte über einen Zuwanderungsstopp«. Schließlich sei Deutschland langfristig auf Zuwanderung angewiesen. Der Vizevorsitzende der SPD-Fraktion, Axel Schäfer, nannte Seehofers Äußerung in der »Süddeutschen Zeitung« einen »Erkenntnisrückschritt um mindestens ein Jahrzehnt«. Alle Parteien hätten sich nach langen Diskussionen darauf geeinigt, »dass wir natürlich Zuwanderung brauchen«.

Unterstützung erhielt Seehofer derweil aus seiner Partei. Generalsekretär Alexander Dobrindt sagte: »Es darf in Deutschland künftig keine zusätzliche Zuwanderung aus Kulturkreisen geben, die unsere deutsche Leitkultur ablehnen.« Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich sprach sich dafür aus, den Fachkräftemangel zuallererst

mit der Qualifizierung der deutschen Bevölkerung zu beheben und dann mit Fachkräften aus dem »europäischen Kulturkreis«. Diese Menschen seien leichter integrierbar als solche »aus fremden Kulturkreisen«.

Angela Merkel verteidigte Seehofer: »Es war eine Bemerkung, die auf die Fachkräfte zugeschnitten ist«, sagte sie bei einem Besuch in Bulgarien. Und diese müssten vorrangig »aus der Vielzahl von arbeitsfähigen, aber leider langzeitarbeitslosen Menschen in Deutschland« rekrutiert werden.

Aus Langzeitarbeitslosen Fachkräfte machen zu wollen, nannte der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, unrealistisch. »Für sehr qualifizierte Jobs« seien »aus dieser Gruppe« kaum Fachkräfte zu gewinnen. Er sprach sich dafür aus, hoch qualifizierte Arbeitskräfte anzuwerben, egal woher. Seite 5

## Rasmussen drängt auf Rüstung

NATO-Generalsekretär fordert Raketenabwehr

Brüssel (AFP/dpa/ND). NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen erwartet vom NATO-Gipfel im November ein Signal für den Aufbau eines europäischen Abwehrsystems gegen Atomraketen. »Es ist Zeit, zu entscheiden«, sagte Rasmussen am Montag in Brüssel vor Journalisten. Das von den USA vorgeschlagene Abwehrsystem der NATO soll Europa gegen eine mögliche Bedrohung durch iranische Raketen schützen. Deutschland hat bisher noch nicht offiziell entschieden, ob es dem Abwehrsystem beim Gipfel am 19. November in Lissabon zustimmt. NATO-Diplomaten erwarten dies jedoch.

»Die Raketenabwehr ist kein Ersatz für die atomare Abschreckung«, sagte Rasmussen. Die NATO wolle ebenso wie US-Präsident Barack Obama eine Welt ohne Atomwaffen: »Aber solange es Atomwaffen gibt, bleibt die NATO eine nukleare Allianz, und die Abschreckung bleibt ein zentrales Element in unserer Strategie.« Die im Entwurf für eine neue NATO-Strategie in Europa stationierten 160 bis 200 US-Atombomben werden nicht erwähnt. »Wir stehen vor einer klaren Bedrohung«, sagte Rasmussen. Mehr als 30 Länder besäßen ballistische Raketen.

Die Außen- und Verteidigungsminister der NATO treffen sich an diesem Donnerstag erstmals seit 1999 wieder zu einer gemeinsamen Sitzung in Brüssel.

Kommentar Seite 4

## Kurz

### Journalisten in Iran festgenommen

Teheran (AFP). In Iran sind zwei deutsche Journalisten festgenommen worden, weil sie ein Interview mit dem Sohn der zum Tod durch Steinigung verurteilten Iranerin Sakine Mohammadi Aschtiani führten. Das bestätigte der iranische Staatsanwalt Gholam Hossein Mohseni Edschieam am Montag gegenüber lokalen Medien.

### Rettung ab Mittwoch

Bergwerk San José (dpa). Erstmals gibt es einen genauen Termin für den Beginn der Rettung der in einem chilenischen Bergwerk eingeschlossenen Kumpel. Am Mittwoch um 5.00 Uhr MESZ werde der erste Retter in die Tiefe hinabgelassen, teilte das Bergbauministerium am Montag mit. Seite 20

### Schiff gekapert

Nairobi/Mogadischu (dpa). Somalische Piraten haben erneut ein Schiff gekapert. Die EU-Antipiratenmission Atalanta teilte am Montag mit, die Reederei der unter Panama-Flagge fahrenden »MS Izu-mi« habe am Sonntag ein Notsignal empfangen.

### Auf Ganges gesunken

Patna (AFP). In Indien sind mindestens 37 Passagiere ertrunken, als eine völlig überfüllte Fähre auf dem Ganges gesunken ist.

www.neues-deutschland.de  
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt  
Einzelpreise Ausland:  
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR  
Slowakei 1,70/2,10 EUR  
Tschechien 61/71 CZK  
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940

